

A2 Demografischer Wandel und Digitale Transformation in Sachsen-Anhalt

Gremium: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 10.10.2024

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

1 Staatliche Handlungsfähigkeit und marode Infrastruktur werden das Thema der
2 nächsten Legislatur werden. Warum muss man für einen Behördengang einen Weg
3 zurücklegen, wenn es ausreichend wäre, nur die benötigten Informationen zu
4 übertragen?

5 Der demografische Wandel stellt die Verwaltung in Sachsen-Anhalt vor große
6 Herausforderungen, konsequente digitale Transformation bietet jedoch enorme
7 Chancen, diese Herausforderung zu bewältigen. Um die Verwaltung zukunftsfähig zu
8 gestalten, müssen beide Themenfelder Hand in Hand gedacht und digitale
9 Transformation umgesetzt werden.

10 Mit 107 Einwohnern pro Quadratkilometer ist Sachsen-Anhalt dünn besiedelt und
11 hatte 2022 mit einem Durchschnittsalter von 47,9 Jahren die bundesweit älteste
12 Bevölkerung. Diese Altersstruktur macht auch vor der öffentlichen Verwaltung in
13 Sachsen-Anhalt keinen Halt. Sie ist somit ein Abbild der restlichen Bevölkerung,
14 mit ähnlichen Problemen und Herausforderungen. Von den 2,1 Millionen Einwohnern
15 sind 790.000 älter als 60 Jahre und 1,12 Millionen älter als 50 Jahre. Mit
16 anderen Worten: Wir können erwarten, dass innerhalb der nächsten 15 Jahre
17 300.000 Menschen im arbeitsfähigen Alter in Rente gehen und sich der
18 Gesamtanteil der arbeitsfähigen Personen drastisch verringert (Quelle:
19 Demografie-Portal). Politik und Verwaltung selbst müssen rechtzeitig Antworten
20 darauf formulieren und umsetzen.

21 1. Demokratie und funktionaler Staat

22 „Demokratie“ bedeutet übersetzt „Herrschaft des Volkes“. Die heutige liberal-
23 parlamentarische Demokratie basiert auf den Prinzipien der Volkssouveränität,
24 Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, dem Schutz von Minderheiten und
25 Opposition, freien Wahlen, einer aktiven Zivilgesellschaft sowie der Wahrung von
26 Grundrechten für alle Bürger*innen. All das gilt auch für den digitalen Raum und
27 erfordert entsprechende Schutzmaßnahmen.

28
29
30 Staatliches Handeln ist eng mit der Wahrnehmung von "Politik" und dem Vertrauen
31 in die Demokratie verbunden. Wenn der Zugang zu staatlichen Leistungen für
32 Bürger*innen und Unternehmen kompliziert ist und Entscheidungen lange dauern,
33 schwächt dies nicht nur die Handlungsunfähigkeit des Staates selbst, sondern
34 gefährdet die Stabilität der Demokratie als solches.

35
36 Eine digital arbeitende und digital vernetzte Verwaltung ist nicht nur
37 ortsunabhängig und flexibel, sondern auch schneller und resilienter gegen
38 plötzliche Änderungen in einer schnelllebigen Welt. Eine Verminderung der
39 Arbeitslast unserer Verwaltungen eröffnet ihnen Möglichkeiten und Ressourcen,
40 die dringend benötigt werden, um auch mit weniger Personal vollumfänglich
41 handlungsfähig zu bleiben.

42
43 Gleichwohl kann eine zentrale Datenhaltung und durchgängige Digitalisierung
44 Gefahren in kriminellen Sinne, aber auch im Sinne des Machtmissbrauchs der
45 Exekutive beinhalten. Cybersicherheit und Transparenz sind daher nicht nur
46 lästige Schlagworte, sondern dringende Notwendigkeit und by-design immer
47 mitzudenken.

48
49 Einer der größten Mehrwerte der Digitalisierung ist neben den offensichtlichen

50 technischen Vorteilen, die Notwendigkeit zur Überprüfung des Status-quo.

51

52 Bürokratieabbau kann nur gelingen, wenn dieser politisch gewollt ist und
53 gleichzeitig bottom-up von den Mitarbeitenden getragen wird. So kann eine
54 Transformation von Arbeitsweisen und Normen für eine neue bürgerfreundlichere
55 und effizientere Verwaltungskultur wirklich zum Durchbruch kommen.

56

57 Über Government-as-a-Plattform soll technisch eine standardisierte Cloud-
58 Infrastruktur bereitgestellt werden, in der digitale Lösungen und Basisdienste
59 entwickelt bzw. zur Verfügung stehen. Für eine effektive zentrale IT-Steuerung
60 und eine unterstützende Reform der Zuständigkeiten sind Anpassungen von Normen
61 und Gesetzen auf allen föderalen Ebenen erforderlich, z.B. zur Reform der
62 kommunalen Auftragsverwaltung wie bei der KfZ-Anmeldung mittels iKfZ-Online-
63 Dienst. Darüber hinaus sollte das "Einer-für-Alle"-Prinzip im Rahmen der
64 Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes 2.0 weiter gedacht werden und Shared Service
65 Center für digitale Verwaltungsleistungen eingerichtet werden.

66

67 Zentralisierung darf dabei aber kein Selbstzweck werden. Ziel der Reformen muss
68 vielmehr die Entlastung der Kommunen unter Wahrung der Kompetenz vor Ort sein.

69

70

71 2. Personalbedarf und Fachkräftemangel

72 Insbesondere im ländlichen Raum ist der Fachkräftemangel eine zunehmende
73 Herausforderung für die Verwaltung. Der demografische Wandel verschärft die
74 Situation, da immer weniger junge Menschen nachrücken, wenn ältere in den
75 Ruhestand gehen. Um dem entgegenzuwirken, müssen von Seiten des Landes den
76 ländlichen Raum stärken und innovative Ansätze in der Verwaltung fördern. Dazu
77 gehört unter anderem:

78 • Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, um
79 Personalressourcen effektiver zu nutzen

80 • Attraktivere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, um Fachkräfte zu
81 gewinnen und zu halten

82 • Flexible Arbeitsmodelle, die durch Digitalisierung unterstützt werden

83 3. Ganzheitliche Digitale Transformation statt Papierform nachdigitalisieren
84 Digitalisierung darf nicht nur die Übertragung analoger Prozesse in digitale
85 Formate bedeuten. Wir fordern, dass Verwaltungsprozesse von Grund auf digital
86 gedacht und umgesetzt werden.

87 Es ist notwendig, Betroffene zu Beteiligten zu machen und erfordert eine
88 Änderung der Arbeitskultur. Ziel ist nicht, zunächst einen perfekten Plan zu
89 erstellen und lange Zeit später umzusetzen, sondern agile Methoden zu wagen. Die
90 Sachbearbeitung wird so in die Digitalisierungsprozesse einbezogen. Dies
91 steigert die Effizienz und verbessert die Arbeitsabläufe.

92

93 Hierbei müssen:

- 94 • Bürger*innen und Unternehmen einen einfachen, nutzerfreundlichen und
95 einheitlichen Zugang zu Verwaltungsleistungen erhalten,
- 96 • die Nutzung von gemeinsamen mindestens bundesweiten technischen Standards
97 (einheitliche und einfache Benutzeroberflächen und -führung) gewahrt sein,
98 um für Transparenz und Einfachheit zu sorgen, idealerweise in einer
99 gemeinsamen "Deutschland-App."

100 4. Zusammenarbeit mit den Kommunen stärken

101 Eine zentrale Aufgabe muss die Stärkung der Kooperation zwischen Land und
102 Kommunen sein. Die Kommunale IT-Union (KITU) spielt dabei derzeit eine
103 Schlüsselrolle. Sie kann es ermöglichen, digitale Infrastrukturen gemeinsam zu
104 nutzen und Verwaltungsprozesse zu standardisieren. So können Kommunen ihre
105 Ressourcen bündeln und digitale Herausforderungen effizienter bewältigen.

106

107 Das Vorhandensein eigener digitaler Kompetenzen innerhalb der Verwaltungen führt
108 zu einer besseren Bewertung und Steuerung von externen Leistungen, die
109 eingekauft werden müssen. Hierdurch kann die Qualität besser bewertet werden,
110 was zu weniger aufwändigen Regressfällen führt. Idealerweise kann teures
111 Outsourcing so auch öfter vermieden werden.

112

113 5. Registermodernisierung als Rückgrat der Verwaltungsdigitalisierung

114 Eine moderne Verwaltung hängt von modernen Registern ab. Die
115 Registermodernisierung ist das Rückgrat der digitalen Verwaltung. Hierüber
116 werden die staatlichen Datenbanken (ehemals Aktenschränke) themenübergreifend
117 zugänglich gemacht, damit Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal
118 eingeben müssen und sie wieder abrufen können. Hierbei muss Datenschutz und
119 Cybersicherheit gewahrt sein.

120

121 Darüber hinaus fordern wir, dass Sachsen-Anhalt als OZG-Themenfeldführer für das
122 Thema Bildung diese Rolle auch bei der Registermodernisierung beibehält und ein
123 einheitliches Bildungsregister entwickelt. Dies ermöglicht die lebenslange
124 Bildungskarriere aller Menschen, von der Schule bis hin zur akademischen oder
125 beruflichen Qualifikation, sicher zugänglich zu machen.

126

127 6. Datensicherheit und Cybersicherheit

128 Die zunehmende Digitalisierung macht Verwaltungen anfällig für Cyberangriffe
129 (siehe Vorfall in Anhalt-Bitterfeld). Gerade in Zeiten hybrider Bedrohungen
130 durch hoch professionelle staatliche und kriminelle Angreifer ist es

131 essenziell, unsere Daten und Infrastrukturen zu schützen. Deshalb setzen wir uns
132 ein für:

- 133 • einen handlungsfähigen Staat, welcher seine Infrastrukturen und
134 Souveränität schützt, aber gleichzeitig die Bürger*innenrechte wahrt,
- 135 • den verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen, um Abhängigkeiten zu
136 minimieren und Sicherheit zu erhöhen,
- 137 • Zentralisierte Rechenzentren und den Aufbau eines Security Operations
138 Centers (SOC), um Sicherheitsbedrohungen flächendeckend zu überwachen und
139 zu bekämpfen.
- 140 • Zentralisierung von hoch qualifiziertem sicherheitstechnischem Personal
141 zur optimierten Nutzung von Ressourcen.

142 7. Deutsche Verwaltungscloud als Standardisierungsinstrument

143 Die deutsche Verwaltungscloud soll eine einheitliche Basis als erstem Schritt
144 auf dem Weg zu Government-as-a-Plattform zu schaffen, um den Kommunen und
145 Verwaltungen in Sachsen-Anhalt eine schnelle Handlungsfähigkeit zu ermöglichen.
146 Sie trägt zur Standardisierung bei und hilft, Ressourcen effektiver zu nutzen.
147 (Cloudifizierung ist die Automatisierung der IT).

148 8. Landes-Datenstrategie

149 Durch die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Datenstrategie kann
150 Sachsen-Anhalt die Chancen der Digitalisierung besser nutzen, die
151 Verwaltungseffizienz steigern und innovative Lösungen für die Herausforderungen
152 des Landes entwickeln.
153
154 Durch die strategische Nutzung und Vernetzung von Daten können neue Erkenntnisse
155 gewonnen und Innovationen gefördert werden. Dies ist besonders wichtig für die
156 Entwicklung von Smart Cities, Smart Regions und die Förderung digitaler
157 Innovationen. Darüber hinaus ist die Kenntnis der Datenlandschaft notwendig für
158 die Umsetzung der Registermodernisierung, der Cloud-Nutzung und der Anwendung
159 von KI im Land.

160
161 Für eine Landes-Datenstrategie sprechen darüber hinaus der Bedarf für
162 Standardisierung (wie von Datenformaten), Interoperabilität zwischen
163 verschiedenen Systemen, einheitliche Speicherung bis hin zur
164 Langzeitarchivierung und die Sicherstellung von Vertraulichkeit (Geheimschutz)
165 sowie von Schutzbedarfen.

166
167 Der Open-Data-Ansatz als Teil einer Datenstrategie setzt die weitgehende
168 Bereitstellung öffentlicher Daten zum Ziele der Transparenz (wie für
169 Journalismus, Forschung oder Zivilgesellschaft) und für die wirtschaftliche
170 Entwicklung voraus.

171
172 Im Zuge der Automatisierung müssen jedoch nicht immer alle Daten zentral,
173 beispielsweise in KI-Systeme, eingespeist werden. Vielmehr muss im Zentrum einer
174 Datenstrategie auch das Ziel einer Datensparsamkeit stehen. Missbräuchlicher
175 Zugriff auf Daten von Bürger*innen muss verhindert werden.

176
177

178 9. KI-Governance und Nachhaltigkeit

179 Der Einsatz von "Künstlicher Intelligenz" (KI) könnte enorme Potenziale bergen,
180 muss jedoch streng kontrolliert und überwacht werden. Der EU AI Act sieht klare
181 Vorgaben vor, doch Sachsen-Anhalt fehlt noch eine Governance für den
182 übergreifenden Einsatz von KI in der Verwaltung. Wir fordern:

- 183 • Ein Monitoring- und Controllingsystem für den KI-Einsatz in der Verwaltung
184 durch ein KI-Register erstellen.

- 185 • Nachhaltigen Infrastrukturen aufzubauen, da KI-Modelle viele Ressourcen
186 benötigen und im Sinne der Begrenzung des immensen Energieverbrauchs nur
187 dort eingesetzt werden sollten, wo sie wirklich sinnvoll sind.

- 188 • Aus- und Weiterbildung zum reflektierten Umgang mit KI zu etablieren, um
189 eine menschenzentrierte Digitalisierung sicherzustellen.

- 190 • Der KI-Trainingsprozess muss (Gender-, Weltanschauungs-...) neutrale
191 Ergebnisse sicherstellen.

- 192 • Menschliche Revision muss möglich sein und erklärbare KI sollte genutzt
193 werden.

194 10. Kosten

195 Mittel- bis langfristig kann ein gut umgesetzter Digitalprozess Ressourcen
196 einsparen. Durch einheitliche technische Lösungen und effizienten
197 Personaleinsatz ergeben sich Skalierungseffekte und Kosteneinsparungen. Vor dem
198 Hintergrund eines steigenden Verwaltungsaufwands z.B. durch Mobilitäts- und
199 Energiewende, ist jedoch in diesen Bereichen keine absolute Kostenersparnis
200 erwartbar. Für die Beibehaltung bisheriger Kosten oder für eine Kostensenkung
201 sind allerdings kurzfristig zunächst Investitionen notwendig. Die Vermeidung von
202 teuren Doppelstrukturen kann dafür Mittel bereitstellen.
203 Im Zuge der Neuordnung von Verwaltungsaufgaben durch die digitale Transformation
204 muss auch der Finanzausgleich über alle Verwaltungs- und Politikebenen hinweg
205 neu gestaltet werden.

206
207 Zusammenfassung

208 Der demografische Wandel, der Mangel an Fachkräften und der Vertrauensverlust in
209 Staat und Politik sind Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden
210 können. Digitale Transformation geht über reine Schaufensterdigitalisierung
211 hinaus und ist ein sehr wirksames Mittel. Wir müssen die Verwaltung digitaler,
212 sicherer und effizienter gestalten, indem wir die Zusammenarbeit mit Kommunen
213 stärken, Verwaltungsprozesse zunächst unter die Lupe nehmen und dann
214 ganzheitlich digitalisieren und dabei Datensicherheit sowie den Einsatz von KI
215 nachhaltig und verantwortungsvoll gestalten. Sachsen-Anhalt hat die Chance, bei
216 der Verwaltungsdigitalisierung eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Lasst uns
217 diese Chance gemeinsam nutzen!